

# Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin

## Protokoll

### 57. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 03.06.2021
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:49 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	JHA: Video-Konferenz; <a href="https://global.gotomeeting.com/join/193281949">https://global.gotomeeting.com/join/193281949</a>

---

#### Anwesend sind:

Herr Oliver Kociolek	Grüne
Herr Tilo Siewer	Grüne
Herr Jürgen Radloff-Gleitze	SPD
Herr Robert Bluhm	DIE LINKE
Frau Petra Schrader	DIE LINKE
Herr Michael Wehlus	AfD
Frau Susanne Bierwirth	JHA BD
Frau Heidemarie Depil	JHA BD
Frau Sabine Derwenskus-Böhm	JHA BD
Herr Dirk Stiebritz	JHA BD
Frau Monika Goral	Jugendamtsleiterin
Frau Ramona Reiser	LINKE
Frau Asra El-Mohamad	JHA beratendes Mitglied
Frau Monika Fabri	Freigeistige Verbände
Frau Jutta Schauer-Oldenburg	Integrationsausschuss

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

#### **Protokoll:**

##### **zu 1 Begrüßung und Genehmigung der TO**

Der Antrag 2854/V wird von der einbringenden Fraktion der CDU zurückgezogen. Der TOP 8 entfällt somit.

Die Tagesordnung wird ansonsten wie vorliegend behandelt.

##### **zu 2 Genehmigung der Protokolle**

##### **zu 2.1 zur 53. Sitzung am 11.02.2021**

Das Protokoll wird einstimmig angenommen.

**zu 2.2 zur 54. Sitzung am 04.03.2021**

Der TOP wird vertagt.

**zu 2.3 zur Sondersitzung am 16.04.2021**

Der TOP wird vertagt.

**zu 2.4 zur 55. Sitzung am 29.04.2021**

Der TOP wird vertagt.

**zu 2.5 zur 56. Sitzung am 06.05.2021**

Der TOP wird vertagt.

**zu 3 Mitteilungen**

**zu 3.1 des JHA-Vorsitzenden**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

**zu 3.2 des Bezirksamtes**

Die Mitteilungen des Bezirksamtes sind heute vorab schriftlich per E-Mail übersandt worden.

Die Räumung bzw. Vollstreckung des Standortes Potse ist ausgesetzt. Dem Träger wurde gegen Zahlung einer Kaution angeboten, noch zwei weitere Monate in den Räumlichkeiten zu bleiben. Bis zum 19.07.2021 soll ein Vertrag mit Sen SW über die Nutzung der Zollgarage auf dem Flughafen Tempelhof abgeschlossen werden.

Dem Träger des Naturkindergartens wurde am 1. Juni eine befristete Betriebserlaubnis (31.12.2021) für das Gelände Dohnagestell 8 erteilt. Bei diesem Grundstück handelt es sich um einen Teil der Kita-Freifläche des Trägers Kindergärten City in den Rehbergen. Alle Beteiligten (Geschäftsführung von Kindergärten City, die Kita-Leitung, die Kita-Aufsicht, Träger Naturkindergarten, Jugendamt Fachdienst 2) waren sehr kooperativ und haben unkompliziert eine schnelle und gute, temporäre Lösung gefunden. Im Laufe des Sommers wird hoffentlich eine Fläche gefunden werden, auf der die Kita dann dauerhaft bleiben kann. Frau Koch wird dafür von Frau Schrader und anderen Mitgliedern des JHA ein großer Dank ausgesprochen.

Bezüglich der Anschubfinanzierung zur Angebotsform 5 informiert Frau BzStRätin Reiser, dass sie sich mit anderen Bezirksstadträtinnen und –räten zur Problematik unterhalten und festgestellt habe, dass im Bezirk Mitte eventuell nur lauter oder kontroverser debatiert werde. Sie sei gespannt, wie sich die Landesebene dazu verhalten werde. Der Vorsitzende dankt Frau BzStRätin Reiser für das Engagement und den Einsatz für die auskömmliche Finanzierung der Angebotsform 5 und damit die Beibehaltung der Mittel im Zusammenhang mit dem gesamtstädtischen Konzept, auch gegenüber der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie. Im Saldo stehen zwar 50.000,- € weniger auf dem Konto, glücklicherweise jedoch nicht mehr 230.000,- € weniger. Frau BV Schrader (Fraktion DIE LINKE) möchte sich dem Dank anschließen und bezüglich der Mittel zur Angebotsform 5 aus dem Unterausschuss „Bezirke“ des Abgeordnetenhauses berichten, dass im Rahmen der Nachschau der Bezirkshaushaltspläne durch den Senat eine Plausibilisierung und somit Prüfung der zweckentsprechenden Mittelverwendung erfolge.

Bezüglich der Förderungen nach dem Familienförderungsgesetz bestätigt Frau BzStRätin Reiser auf Nachfrage von Frau BV Schrader, dass 560.000,- € der insgesamt 2 Mio. € für das Jahr 2022 dazu verwendet werden, im Rahmen der Kosten- und Leistungsrechnung ermittelten Defizite auszugleichen. Es sei vereinbart worden, dass kein Bezirk schlechter

gestellt werde. Herr Dehnert ergänzt, dass von diesen zusätzlichen Mittel 80.000,- € auf den Bezirk Mitte fallen, woraus der Vorsitzende schlussfolgert, dass daraus keine zusätzliche Einrichtung finanziert werden könne und somit im Rahmen der Haushaltsberatungen auf diesen Aspekt eingegangen werden sollte. Der Eckwertebeschluss des Bezirksamts erfolge kommenden Dienstag.

Frau Depil (Bürgerdeputierte) erkundigt sich, ob die zusätzlichen 80.000,- € für alle Angebotsformen verwendet werden dürfen, oder ob sich diese Mittel auf eine beschränken. Dazu erläutert Herr Beckmann, dass es sich um einen bereits bezifferten Defizitausgleich handle.

Frau Schauer-Oldenburg (Bürgerdeputierte aus dem Integrationsausschuss) hinterfragt die Auswertung des Sprachförderbedarfs. Sie erkundigt sich, wie viele Kinder Teil der ermittelten 18% seien. Sie erkundigt sich zudem nach dem Umfang der aufzugreifenden Maßnahmen der Standorterweiterung und der Platzerhöhung.

Herr Lehmann (BA Mitte, Jugendamt) bittet, die Beantwortung nachreichen zu können, da Frau Samuray in der heutigen Sitzung nicht anwesend ist.

Frau BV Schrader bittet, in der ersten Sitzung nach der Sommerpause zum aktuellen Stand zur Umsetzung des Familienförderungsgesetzes zu berichten.  
Der Vorsitzende nimmt es in den Themenspeicher auf.

#### **zu 4      Vorschlag Jugendförderplan und Vorstellung des Berichts zur Sichtweise junger Menschen - Anlagen 1-6 (Herr Beckmann, Jugendamt)**

Der Bericht wird durch Präsentationen unterstützt, die den Mitgliedern des Ausschusses vorliegen und dem Protokoll als Anlage beigelegt sind (siehe „Jugendförderplan 2022 – 2025“ und „Bericht zur Sichtweise junger Menschen mit Anhang“).

Herr Beckmann führt aus, dass es der erste Förderplan für Berlin sei verbindlich mit dem neuen Jugendbeteiligungsförderungsgesetz. In den Anlagen finde man den Erstellungsprozess und die beteiligten Akteure, die die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Jugendhilfeausschuss darstellt, die Beteiligung von Jugendlichen, wie auch die Beteiligung der unterschiedlichen Fachkräfte und die Schwerpunkte und Standards der bezirklichen Jugendarbeit. Bei der Bedarfssituation werde deutlich, dass bei der Bevölkerungsprognose bezüglich der Entwicklung von 2019 – 2025 Mitte im Vergleich zu Berlin einen etwas geringeren Anstieg verzeichne. 2019 stelle hier das Bezugsjahr für die Daten dar und 2022 – 2025 die Laufzeit des Jugendförderplans. Bei den 6 – 9-jährigen und bei den 10 – 17-jährigen hab man allerdings einen relevanten Anstieg. Die Abnahme bestehe bei den 18 – 20-jährigen und bei den 21- 26-jährigen. Feststellbar sei, dass sich dieses Wachstum im Prognoseraumzentrum abspielen werde. Für die Angebotsform 1 habe man eine Deckung von 60% im Fachstandard zum Soll von 100%. Wichtig sei für die Angebotsform 1, dass man nach dem Verhältnis ein Drittel unterhalb der Sollversorgung liege nach dem Gesetz und es sich unterschiedlich verteile. Insgesamt gebe es einen großen, nicht gedeckten Bedarf an stationären Einrichtungen, was sich insbesondere nochmal ausdrücke in neuen Wohnquartieren. In der Angebotsform 4 bestehe eine Überdeckung im Verhältnis zum Fachstandardumfang. Bei den Erholungsfahrten und Reisen war man bei unter 50% des Fachstandardolls. Allerdings habe man schon 2020 die Angebotsfinanzierung mit zusätzlichen 330.000,-€ erhöht. Deswegen gehe man davon aus, dass man ausreichend in die Höhe des Fachstandards komme mit den angebotenen Teilnehmerplätzen. Gleiches vermute man auch für die standortgebundene, offene Jugendarbeit.

Frau Berge informiert, dass der Bericht in sich geschlossen neben dem Jugendförderplan stehe und die Perspektive von jungen Menschen im Bezirk darstelle. Die Ergebnisse fließen dann in den Jugendförderplan ein in Kapitel 3.2. Der Bericht sei ein wichtiges Instrument, um zu sehen, was jungen Menschen im Bezirk wichtig sei.

Frau Heger führt aus, dass die Koordination nach dem Jugendförderbeteiligungsgesetz hinzugekommen sei. Die Konstituierung des neuen Teams habe im Herbst des letzten

Jahres begonnen. Im neuen Bereich stehen zweieinhalb Stellen zur Verfügung. Man habe bereits im Oktober letztes Jahres konzeptionelle Überlegungen für den Bericht entworfen und wolle ein Beteiligungsprojekt umsetzen, welches eine Umfrage in Mitte wurde. Damit habe man sich im Dezember und Januar auseinandergesetzt. Im Januar habe man ebenfalls begonnen dieses Angebot und weitere Berufsberatungen aufzuwerten. Danach ging man in die Rückkopplung der Ergebnisse mit den beteiligten Akteuren. Ende März habe man die Entwurfsplattform abgegeben.

Frau Berge berichtet, dass Kinder und Jugendliche über drei Verfahren beteiligt wurden: die Projekte der Kinder- und Jugendbüros, die Projekte der Jugend- und Freizeiteinrichtungen und die Umfrage.

Frau Heger teilt mit, dass man sich bei der Darstellung der gesamtbezirklichen Ergebnisse am Rahmenkonzept orientiert habe. Folgende Punkte seien den jungen Menschen besonders wichtig: Entwicklung eines Zusammengehörigkeitsgefühls durch Erlebnisse in der Gruppe, Identität und die Zuschreibung durch andere (eigene sexuelle Orientierung, das eigene Körperbild, Religion und die eigene Zukunft), Mitbestimmung und Mitgestaltung (Übernahme der Verantwortung und Umsetzung eigener Ideen), Wunsch nach bedeutenden Erlebnissen (Erlebnisse, die sich vom Alltag abheben) und Umwelt, Nachhaltigkeit und Tierschutz.

Frau Berge führt aus, dass die Lebenssituation sich auch am Rahmenkonzept orientiere und in Ressourcen, Entwicklungspotenziale und dringendste Bedarfe aufteile. Es bestehe der Bedarf für bezahlbaren Wohnraum, Orte und Räume für junge Menschen, ein grüneres, saubereres und bunteres Stadtbild und mehr Freiflächen für Sport, Erholung und Freizeitaktivitäten, mehr Platz für Radfahrende, Fußgänger /-innen und Wegeautos. Die Angebote werden zudem von Besuchern sehr geschätzt.

Frau Heger fügt an, dass man an den Berichten weiterarbeiten werde, erste Aktionen im Bezirk plane, weiter den Bericht vorstellen und sich mit Fachkräften und den jungen Menschen austauschen werde. In den nächsten vier Jahren werde man die Ergebnisse in Zusammenarbeit mit den Kollegen /-innen aus dem Querschnitt weiterbearbeiten, Verfahrensstrukturen der Berichterstellung überarbeiten mit dem Abschluss der Prozessevaluation und das Beteiligungskonzept erweitern.

Herr Beckmann weist darauf hin, dass die Ergebnisse, die man aus der Bedarfserschätzung der Fachkräfte gewinnen könne, mit den Einschätzungen der Kinder und Jugendlichen korrespondiere. Zudem gebe es auch diverse Besonderheiten wegen der Pandemie, die einerseits enorm anstrengend gewesen sei und andererseits zu einem großen Innovationsschub geführt habe. Folgende Schwerpunkte wolle man angehen: Stärkung der cleanen Jugendarbeit und geschlechterreflektierte Arbeit mit Jungen und Mädchen, Ausbau der politischen Bildungsarbeit, Ausbau der digitalen Jugendarbeit und auch der Videokompetenzen bei Kindern und Jugendlichen, Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligung in allen Angebotsformen, Aufbau und Sicherung der mobilen Jugendarbeit in der Angebotsform zwei und stärkere Ausrichtung der Öffnungszeiten nach den Interessen der Kinder und Jugendlichen. Die gezeigte Übersicht sei relevant für die Senatsverwaltung in der gesamtbezirklichen Darstellung. Die Bezirksdarstellung für die Bezirksregionen sei informativ für die bezirkliche Verwendung, sei aber relativ zu betrachten. Für alle Angebotsformen sei ein Bericht über die Zielerreichung und Umsetzung zum jeweils letzten Jugendförderplan zu fertigen.

Herr Beckmann stellt dem Ausschuss die Maßnahmeplanung der kommenden vier Jahre zur Beschlussfassung vor. Die Beschlussfassung erfolgt ausschließlich durch den Jugendhilfeausschuss und bedarf keiner weiteren Beschlussfassung durch die BVV. Die Ziel- und Maßnahmeplanung zu den Angebotsformen kann der Vorlage „Jugendförderplan 2022 – 2025“ entnommen werden, der weitere vier Anlagen anhängen. Herr Beckmann stellt diese jeweils mündlich vor. Die durch Fachkräfte erhobenen Bedarfe von Kindern und Jugendlichen zu Bildung und Freizeit seien nicht in die Maßnahmeplanung integriert, werden aber berücksichtigt.

Der Vorsitzende und weitere Ausschussmitglieder bedanken sich für die vielseitige Aufbereitung des Berichts.

Frau Homann (KJBM) ergänzt den Bericht mit einer Folie, die die Korrelation der Maßnahmen mit den Wünschen der Kinder und Jugendlichen aufzeige. Die Zusammenarbeit mit Herrn Beckmann sei sehr gut.

Auf Nachfrage von Frau Schauer-Oldenburg erläutert Frau Homann, dass die Struktur der Beteiligungsformate gemeinsam mit den Jugendlichen in den kommenden drei Jahren entwickelt werden. Die Jugendlichen können sich positionieren, ob sie für die politischen Austausche, z.B. ein offenes oder ein vertretendes Format, sind.

Frau Mägdefrau berichtet aus den Beratungen der AG Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit zur Angebotsform 2. Die Zielgruppenausrichtung sollte divers sein, also auch auf ältere Jugendliche eingehen. Jugendliche haben den dringenden Wunsch geäußert, Freiflächen für Sport und Rückzugsmöglichkeiten zu schaffen.

Frau BzStRätin Reiser lobt die Erstellung und Aufbereitung der Beschlussvorlage. Sie bittet die Ausschussmitglieder, diese in die Fraktionen mitzunehmen und „im Hinterkopf“ zu halten, da diese komplexe Aufbereitung nicht nur den Jugendbereich betreffe, sondern auch andere Themen und Ausschüsse anspreche.

Der Vorsitzende schließt sich diesen Ausführungen an. Er werde die Vorlage in die Beratung mit der Fraktion nehmen, da flankierende Kenntnisse und Aspekte aus anderen Bereichen, insbesondere Stadtplanung, mit einbezogen werden sollten.

Die abschließende Beratung und Beschlussfassung erfolgt am 02.09.2021.

## **zu 5      **Verfahrensvorschlag Wahl Bürger:innendeputierte (Herr Lehmann, JA)**** **– Anlage 7**

Dem Ausschuss liegt die Vorlage zum Verfahrensvorschlag zur Wahl der Bürger\*innendeputierten für den JHA vor.

Im Vergleich zu den Wahlen der aktuellen Wahlperiode sei 2016, und somit vor Beginn der aktuellen Wahlperiode abgestimmt worden.

Herr Lehmann stellt das Verfahren vor (siehe Anlage).

Der Jugendhilfeausschuss könne das Verfahren fortführend bestätigen oder diesen Sommer durch eine Arbeitsgruppe überarbeiten lassen. Von Interesse sei die Meinung der Bürgerdeputierten.

Der Vorsitzende schließt sich dem an, insbesondere vor dem Hintergrund, dass Nachwahlen zu den Positionen der Bürgerdeputierten aufgrund fehlender Bewerbungen schwierig waren. In der Folge suchte der Jugendhilfeausschuss nach möglichen Nachrückenden.

Herr Mase hält den Prozess im Bezirk für sehr transparent.

Frau Derwenskus-Böhm regt an, in die Geschäftsordnung ein optimiertes Verfahren für die Nachbesetzung von freigewordenen Besetzung während einer Wahlperiode aufzunehmen.

Frau Bierwirth regt an, den Aspekt der fehlenden Bewerberinnen und Bewerber im Vorfeld entgegenzuwirken, indem eine Liste an Interessentinnen und Interessenten vorbereitet werde.

Frau Depil und Herr Lehmann weisen auf Punkt 2 Nummer 7 des Verfahrens zur Wahl der Bürger\*innendeputierten für den JHA hin, indem der Prozess nach der Trägerversammlung und nach Ausscheiden einer oder eines Bürgerdeputierten geregelt werde. Die Intention sei, für einzelne Nachbesetzungen keine Trägerversammlung einberufen zu müssen.

Der Vorsitzende bittet, gemeinsam mit dem Rechtsamt gegebenenfalls eine Optimierung zu finden, um die Nachbesetzungsdauer zu verkürzen. In dieser Wahlperiode habe sich gezeigt, dass die Nachbesetzung mehrere Monate dauern kann.

Herr Lehmann werde den Punkt überprüfen und zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses entweder die gleiche oder eine veränderte Vorlage vorlegen. Die Trägerversammlung sollte auf den Oktober oder November 2021 angesetzt werden, abhängig davon, wann die neue BVV zu den Vorschlägen entscheiden könne.

**zu 6      Berichterstattung aus den AG'en 78**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

**zu 7      Aktuelle Viertelstunde**

Fraktion DIE LINKE, Frau BV Schrader:

Sie bittet um den aktuellen Stand zur Umsetzung des Aktionsprogramms des Bundes „Aufholen nach Corona“ für nicht nichtschulische Bereiche.

Frau BzStRätin Reiser informiert, dass in der gemeinsamen Jugendstadtratesitzung mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie die Mittel in Höhe von 2 Milliarden EURO bundesweit von der Bundesregierung in Aussicht gestellt worden seien, davon 1 Milliarde EURO für die Säule 1, das Aufholen von Lernrückständen. Die Schulsteuerungsgruppen seien auf Landesebene bereits eingerichtet.

Es sei damit zu rechnen, dass in den kommenden Wochen konkretere Informationen folgen.

Die in der genannten Sitzung gezeigte Präsentation werde zur Kenntnis an die Ausschussmitglieder übersandt.

Frau Bierwirth, Bürgerdeputierte:

Frau Bierwirth berichtet aus der Arbeitsgruppe zur Verbundtagespflege, ein Auftrag aus dem Jugendhilfeausschuss. Es habe bisher drei Sitzungen gegeben, in der die Ziele, konkret die Qualitätsstandards, haben definiert werden können, für Betreuungen von Verbundtagespflegegruppen mit Kindern von 0 Jahren bis Schuleintrittsalter. Das Sprachförderzentrum stehe beratend zur Seite. Sie gehe davon aus, dass eine Abstimmungsvorlage noch vor Abschluss der aktuellen Wahlperiode vorgelegt werden könne.

**zu 8      Beratung von Drucksachen**

**zu 8.1   Für eine partizipative, verlässliche und zukunftsichernde Kindertagesbetreuung in Mitte!**

**Drucksache: 2854/V**

Die Drucksache wird von der einbringenden Fraktion der CDU zurückgezogen.

**zu 9      Verschiedenes**

Zum Thema „Demokratie leben – Demokratie lernen“ erkundigt sich Frau Schauer-Oldenburg (Bürgerdeputierte aus dem Integrationsausschuss) nach dem aktuellen Stand zu den Wahlen U-18.

Frau Strehlow informiert, dass im Rahmen der Planungen 30 Wahllokale für unter 18-jährige im Bezirk Mitte angemeldet seien, zudem Austausch mit den kommunalen Spitzenpolitikerinnen und -politikern, Fragerunden sowie Gespräche mit weiteren Politikerinnen und Politikern. Die Wahlen für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren finde am 17.09.2021 statt.

Eine schriftlich verfasste Information werde dem Ausschuss über Frau BzStRätin Reiser zugeleitet.

gez.  
Tilo Siewer  
Vorsitzender

Bonitz/ Ersek  
Protokollanten